

Antrag

der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Marie-Luise Dött, Dr. Christian Ruck, Holger Haibach, Michael Brand, Klaus Brähmig, Hartwig Fischer (Göttingen), Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Thomas Gebhart, Josef Göppel, Florian Hahn, Christian Hirte, Anette Hübinger, Jürgen Klimke, Jens Koeppen, Ingbert Liebing, Dr. Georg Nüßlein, Dr. Michael Paul, Ulrich Petzold, Klaus Riegert, Johannes Selle, Sabine Weiss (Wesel I), Dagmar Wöhrl, Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Michael Kauch, Harald Leibrecht, Horst Meierhofer, Angelika Brunkhorst, Dr. Lutz Knopek, Judith Skudelny, Heinz-Peter Haustein, Helga Daub, Joachim Günther (Plauen), Birgit Homburger und der Fraktion der FDP

Für ein wirksames und faires globales Klimaschutzabkommen in Kopenhagen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimaschutz ist weltweit die herausragende umweltpolitische Herausforderung unserer Zeit. Er ist Vorsorge für eine langfristig tragfähige wirtschaftliche und ökologische Entwicklung und zugleich ein Wettbewerbsmotor für neue Technologien. Klimaschutz ist auch ein notwendiger Beitrag zur Armutsbekämpfung, da gerade die Entwicklungsländer von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen sind. Auch vor diesem Hintergrund kommt der bevorstehenden Weltklimakonferenz in Kopenhagen eine herausragende Bedeutung zu. Es gilt, ein anspruchsvolles und rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls zu entwickeln, das auch die Schwellen- und Entwicklungsländer mit nachprüfbaren Verpflichtungen einbezieht. Die Entwicklungsländer müssen bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Bewältigung seiner Folgen angemessen unterstützt werden.

Vordringlichstes Ziel der Beratungen in Kopenhagen ist der kraftvoll und mit einer Stimme erklärte Wille der internationalen Staatengemeinschaft, sich verbindlich weltweit auf das Ziel festzulegen, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen. Darauf haben sich sowohl die G8-Staaten als auch die Staaten des Forums der führenden Wirtschaftsnationen (Major Economies Forum) auf ihren Treffen in L'Aquila im Juli dieses Jahres verständigt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die globalen Emissionen ihren Zenit spätestens 2020 erreicht haben und bis 2050 um mindestens die Hälfte reduziert werden. In diesem Zusammenhang gilt es vordringlich, auch ein Finanzierungsmodell für die Anpassung an den Klimawandel in den ärmsten Ländern und für den Erhalt der Regenwälder zu entwickeln. Deutschland wird in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft zu einer angemessenen Finanzierung von Technologietransfer-, Waldschutz- und Anpassungsprojekten erklären.

Eine der günstigsten Methoden, die globalen Emissionen zu verringern, ist die Vermeidung von Waldrodungen und der Umwandlung von Naturräumen in Entwicklungsländern, die etwa ein Viertel der weltweiten CO₂-Emissionen verursachen. Daher muss der Waldschutz verstärkt werden. Der Deutsche Bundestag begrüßt daher die Absicht der Bundesregierung, projektbezogene Modelle zur Honorierung vermiedener Abholzung zu unterstützen und an den Zusagen zur finanziellen Unterstützung des internationalen Waldschutzes festzuhalten. Flankierend müssen über die Unterstützung der ländlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern die Produktivität der Landwirtschaft gesteigert, nachhaltige Agroforstsysteme in den Waldschutz integriert und den Menschen alternative Einkommensperspektiven aufgezeigt werden. Der Sektor „Ländliche Entwicklung“ wird somit zunehmend wichtig.

Was die Aufbringung der internationalen öffentlichen Finanzmittel betrifft, soll ein zu formulierendes Kopenhagen-Abkommen einen auf anerkannten Grundsätzen beruhenden Beitragsschlüssel zur Festlegung der finanziellen Beteiligung der einzelnen Länder vorsehen. Dabei geht die EU-Kommission bisher davon aus, dass die beiden maßgeblichen Kriterien die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – und die Höhe der Treibhausgasemissionen sein werden. Je nach Gewichtung dieser beiden Kriterien ergeben sich unterschiedliche Verteilungen der aufzubringenden Finanzmittel für die beteiligten Länder, wobei die finanziellen Verpflichtungen der EU umso höher sein werden, je stärker das Kriterium BIP gewichtet wird. Seitens der EU-Kommission wird darauf hingewiesen, dass den Mitgliedstaaten durch den Emissionsrechtehandel Einnahmen zufließen, die für diese Zwecke verwendet werden könnten. In diesem Sinne ist es zu begrüßen, dass sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt hat, gemäß den deutschen Verpflichtungen beim Europäischen Rat 50 Prozent der Erlöse aus der Versteigerung der Emissionszertifikate ab 2013 vorrangig für internationale und ergänzend nationale Klimaschutzprojekte zu nutzen. Die von Deutschland unterstützten internationalen Klimaschutzaktivitäten sollten vorrangig in Entwicklungsländern eingesetzt werden. Dort können nicht nur die größten Wirkungen für die Reduktion der Emissionen erzielt werden, die eingesetzten Mittel tragen auch dazu bei, das Ziel der Bundesregierung zu erreichen, bei zum Jahr 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen.

Der Emissionshandel ist das vorrangige Klimaschutzinstrument. Es soll perspektivisch zu einem globalen Kohlenstoffmarkt ausgebaut werden. Die Europäische Union arbeitet zudem darauf hin, bis 2015 einen OECD-weiten Markt für Emissionsrechte aufzubauen und diesen bis 2020 auch auf die wirtschaftlich fortgeschrittenen Entwicklungsländer auszudehnen sowie den internationalen Luft- und Seeverkehr in den Emissionsrechtehandel mit einzubeziehen. Als Übergang zu einem umfassenden Emissionsrechtehandel sollen die projektbezogenen Mechanismen weiterentwickelt werden, damit einerseits ein Abwandern von Unternehmen in Länder vermieden wird, die sich weniger anspruchsvolle Ziele zur Emissionssenkung setzen und damit andererseits Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungsländer fließen, wo sie die größte Wirkung erzielen. Wo immer möglich, sollten marktbasierende Instrumente wie der Clean Development Mechanism (CDM) genutzt werden.

Der Deutsche Bundestag dringt darauf, dass sowohl bei den unmittelbar bevorstehenden wie auch bei künftigen Verhandlungen über internationale Klimaschutzabkommen eine faire Lastenverteilung gewährleistet wird, die vergleichbare Wettbewerbsbedingungen schafft und Produktionsverlagerungen in Länder ohne Klimaschutz verhindert. International ist vereinbart, dass die Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren. Als Signal für die Verhandlungen wird Deutschland seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz beibehalten. Der Deutsche Bundestag bekräftigt das Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- alle Bemühungen darauf zu richten, dass auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen ein rechtsverbindliches internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 vereinbart wird, das auf der Grundlage des 4. Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) geeignet ist, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen;
- darauf hinzuwirken, dass in Kopenhagen zumindest eine Entscheidung über die Kernpunkte des künftigen Abkommens getroffen wird. Dazu gehören konkrete Emissionsminderungen durch Industrie- und Entwicklungsländer, die Finanzierung des internationalen Klimaschutzes und der Klimaanpassung sowie die Form und Struktur des neuen Klimaschutzabkommens. Zugleich sollte das Mandat erteilt werden, notwendige Details im ersten Halbjahr 2010 auszuarbeiten und in einem rechtsverbindlichen Abkommen umzusetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass Industrieländer ambitionierte, vergleichbare und verbindliche Minderungsverpflichtungen übernehmen, um ihre Emissionen insgesamt bis 2020 um mindestens 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken;
- sich dafür einzusetzen, dass Schwellen- und Entwicklungsländer sich zu konkreten und nachprüfbaren Minderungsbeiträgen verpflichten, die in der Summe bis 2020 zu einer Begrenzung der Emissionen um mindestens 15 bis 30 Prozent gegenüber dem gegenwärtig erkennbaren Emissionstrend führen. Dabei muss festgelegt werden, welchen Beitrag diese Länder aus eigener Kraft und welchen sie auf der Grundlage internationaler Unterstützung leisten;
- sich dafür einzusetzen, dass ein Mechanismus eingeführt wird, der anhand vorgegebener Kriterien wie BIP und Emissionen dazu führt, dass Entwicklungsländer mit starkem Entwicklungsfortschritt schrittweise an die Beiträge der Industriestaaten hinsichtlich der Reduktions- und Finanzierungsverpflichtungen herangeführt werden;
- sich dafür einzusetzen, im Zuge einer gerechteren Gestaltung der Reduktionsverpflichtungen weltweit zu einer langfristigen Angleichung der Pro-Kopf-Emissionen zu kommen, wobei den einzelstaatlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen ist. Aus verfügbaren Elementen wie den derzeitigen Bevölkerungsvorausschätzungen geht hervor, dass bis 2050 die weltweiten durchschnittlichen Treibhausgasemissionen pro Kopf auf ungefähr zwei Tonnen CO₂-Äquivalent gesenkt werden müssen;
- dafür Sorge zu tragen, dass mit einem Post-2012-Klimaschutzabkommen das Ziel der EU erreicht wird, bis 2020 die Bruttoentwaldung von tropischen Wäldern um mindestens 50 Prozent zu reduzieren und bis 2030 den weltweiten Verlust an Wäldern zu beenden. Dies erfordert die Einrichtung eines Anreiz- und Finanzierungssystems unter der Klimarahmenkonvention, das die Entwicklungsländer bei der Umsetzung dieser Ziele unterstützt;
- sich dafür einzusetzen, dass ein Post-2012-Abkommen einen Zusatznutzen für die Biodiversität enthält und in seinen Mechanismen kompatibel zu denen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt gestaltet wird;
- die Vorreiterrolle der EU beim internationalen Klimaschutz weiter voranzutreiben und sich einerseits dafür einzusetzen, dass Industrieländer ihre Minderungsangebote aufstocken sowie die EU andererseits zu ihrem Angebot steht, ihre Emissionen im Rahmen eines umfassenden und globalen Abkommens bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken, wenn auch die anderen Industrieländer vergleichbare Anstrengungen unternehmen;

- innerhalb der EU und auf der internationalen Ebene darauf hinzuwirken, dass die umweltpolitische Wirksamkeit des zukünftigen Klimaschutzregimes nicht durch Regelungen unterminiert wird, welche die Minderungsverpflichtungen „verwässern“ würden. Dies betrifft sowohl die Frage der Übertragung von überschüssigen staatlichen Emissionsrechten aus der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls als auch – angesichts noch unzureichender Überprüfungsmöglichkeiten – die Anrechnungsregeln für Emissionen aus Landnutzung und Landnutzungsveränderung in Industrieländern sowie für Emissionen aus Wäldern in Entwicklungsländern;
- beim Schutz der tropischen Regenwälder auf projektbezogene Modelle zur Honorierung vermiedener Abholzung statt zum jetzigen Zeitpunkt auf die unmittelbare Einbeziehung in den CDM zu setzen. Dazu sind die Bemühungen zur Formulierung eines Anreiz- und Finanzierungssystems für das UN-REDD-Programm (REDD: Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) zu unterstützen, das auf verlässlichen Erfassungsmethoden basiert, und zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Einbindung von REDD in den Kohlenstoffmarkt erreicht werden kann. Übergangsweise muss für die Kapazitäts- und Strategieentwicklung in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2012 Vorsorge getroffen werden;
- die Anstrengungen für den Walderhalt im Sinne des Klimaschutzes stärker mit den parallelen Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft für den Schutz der biologischen Vielfalt (CBD) zu verzahnen, um zusätzliche Synergieeffekte zu heben. Dabei ist besonders Augenmerk auf den ökonomischen Nutzen ökologischer Systeme wie der Wälder für die örtlichen Bevölkerungen und als Beitrag zur Armutsbekämpfung zu richten und entsprechend politisch zu gewichten;
- CDM und Joint Implementation (JI) aus Gründen des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit stärker zu unterstützen und zu nutzen. In diesem Zusammenhang ist zudem die Höhe der Deckelung der CDM-Maßnahmen auf europäischer Ebene zu überprüfen und die ökologische Integrität des CDM zu erhöhen. Hierzu muss insbesondere die Additionalität aller Projekte sichergestellt sein. Mitnahmeeffekte müssen vermieden werden. Erforderlich sind transparente und objektive Kriterien für die Validierungen, eine Stärkung der Unabhängigkeit der Validierer von den Projektentwicklern und Verfahrensregeln sowie Regeln, welche die Effizienz und Legitimität des Mechanismus fördern;
- das Entstehen neuer und ergänzender Mechanismen zur Qualitätssicherung projektbasierter Maßnahmen des Klimaschutzes zu unterstützen, um die ökologische Glaubwürdigkeit der Mechanismen projektbasierter Klimapolitik fortlaufend zu verbessern. Wirtschaftlich fortgeschrittene Entwicklungsländer sollen aufgrund ihrer wachsenden Emissionen und Wirtschaftskraft neue Marktmechanismen mit sektorspezifischer Perspektive nutzen. Damit soll der Weg zu einem globalen Emissionshandel geebnet werden, der auf wirtschaftsweiten Reduktionszielen aller teilnehmenden Länder basiert;
- in diesem Zusammenhang auch zu prüfen, inwieweit anspruchsvolle und seriöse Projekte verifizierter Emissionsminderung (VER) jenseits der etablierten CDM- oder JI-Zertifikate als Möglichkeit genutzt werden können, um Klimaschutzprojekte auch unabhängig von der Ratifizierung eines neuen Klimaschutzabkommens voranzubringen;
- weiterhin als Impulsgeber beim internationalen Klimaschutz zu agieren: International ist vereinbart, dass die Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Um sicherzustellen, dass die

anspruchsvollen deutschen Minderungsziele erreicht werden, soll das bisherige integrierte Energie- und Klimaprogramm im Jahr 2010 überprüft, weiterentwickelt und umgesetzt werden. Dabei ist darauf zu achten, dass der Industrie keine unangemessenen Wettbewerbsnachteile entstehen und Verbraucher nicht unzumutbar belastet werden;

- sich dafür einzusetzen, dass die EU bei der Finanzierung des internationalen Klimaschutzes ihrer Vorreiterrolle gerecht wird. Die EU und Deutschland müssen einen fairen und angemessenen Anteil an der Finanzierung von Maßnahmen zur Emissionsminderung und Anpassung in den Entwicklungsländern beitragen. An der Aufbringung der öffentlichen Mittel sollten sich alle mit Ausnahme der am wenigsten entwickelten Länder beteiligen. Dies sollte auf Basis eines umfassenden globalen Verteilungsschlüssels, der auf der Grundlage des Emissionsniveaus und des BIP festgelegt wird, geschehen, wobei ein großes Gewicht auf die Emissionswerte zu legen ist. Diese Finanzierung muss für die Entwicklungsländer in verlässlicher und voraussehbarer Weise erfolgen, andererseits müssen die Entwicklungsländer dafür nachprüfbar Minderungsleistungen erbringen. Die Bundesregierung sollte sich für eine neue Partnerschaft von Industrie- und Entwicklungsländern in Fragen der Klimaschutzfinanzierung einsetzen und gemeinsame Projekte mit Entwicklungsländern im Rahmen der Internationalen Klimainitiative durchführen;
- sicherzustellen, dass die Beiträge für die Finanzierung des internationalen Klimaschutzes und der Anpassungsmaßnahmen auf das Ziel angerechnet werden, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) zur Verfügung zu stellen;
- dafür Sorge zu tragen, dass die deutsche Entwicklungspolitik die neuen Herausforderungen des Klimaschutzes und die klassischen Aufgaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bedarfsgerecht unterstützt und strategisch vernetzt;
- in diesem Zusammenhang dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer angemessen bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden;
- die Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern voranzutreiben. Als Hauptverursacher des Klimawandels sind die Industrieländer gehalten, die vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und Regionen bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Der auf Bali verabschiedete Anpassungsfonds ist nunmehr operationalisiert und muss schnellstmöglich mit der Förderung konkreter Projekte beginnen; zudem muss der Anpassungsfonds auch in Zukunft finanziell angemessen ausgestattet werden;
- die Anpassung an den Klimawandel nicht als isolierte Maßnahme umzusetzen, sondern als integralen Bestandteil der nachhaltigen Entwicklung und damit auch der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt aufzufassen;
- bei der Planung von Anpassungsmaßnahmen auch Versicherungslösungen unter Einbeziehung der Versicherungswirtschaft zu prüfen. Dabei sind insbesondere solche Versicherungsmodelle zu prüfen, die es Bewohnern in Entwicklungsländern ermöglichen, sich gegen klimabedingte Katastrophen zu versichern;
- darauf hinzuwirken, dass dort, wo die Signale des Kohlenstoffmarktes und nationale Rahmenbedingungen nicht ausreichen, die konkrete Zusammenarbeit bei der Entwicklung und dem Einsatz moderner Technologien ergänzend unterstützt wird;
- im Zusammenhang mit der Unterstützung von in Kopenhagen vereinbarten Maßnahmen für die Finanzierung des internationalen Klimaschutzes und der

Anpassungsmaßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit angemessene Vorsorge zu treffen und auf den Erfahrungen der Entwicklungszusammenarbeit bei der Ausarbeitung von Strategien für eine emissionsarme Entwicklung bzw. Plänen für ein emissionsarmes Wachstum (LCDS/LCGP) aufzubauen;

- sich für ein Post-2012-Abkommen einzusetzen, das deutliche Impulse für Innovation und Technologiekooperation enthält. Die Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern bei der Forschung und Entwicklung sowie dem Transfer von Technologien zur Treibhausgasreduktion und zur Anpassung muss verstärkt werden. Im Gegenzug müssen sich die Entwicklungsländer zur Wahrung und wirksamen Durchsetzung intellektueller Eigentumsrechte verpflichten;
- bei der Auswahl von Partnerländern in der Klimaschutzzusammenarbeit insbesondere die größtmögliche Treibhausgasreduzierung bei gegebenen finanziellen Mitteln zu Grunde zu legen;
- bei Programmen zur Minderung von Treibhausgasen in Entwicklungsländern insbesondere durch den Einsatz von erneuerbaren Energien auch einen Beitrag zum sicheren Zugang der Bevölkerung zu bezahlbarer moderner Energie zu leisten. Dabei ist zu beachten, dass dezentrale Stromversorgungssysteme mit erneuerbaren Energien insbesondere für die Förderung der ländlichen Entwicklung genutzt werden können;
- darauf hinzuwirken, dass aufbauend auf den wesentlichen Elementen des Kyoto-Protokolls ein rechtlich verbindliches Abkommen erreicht wird, das klare Regeln festlegt und mit seinen für alle Staaten geltenden Berichts- und Überprüfungsspflichten sicherstellt, dass die Klimaschutzziele erreicht werden;
- sich in diesem Zusammenhang für ein stringentes System der Messung, Überprüfung und Verifizierung von Minderungsverpflichtungen und Minderungsbeiträgen der Industrie- und Entwicklungsländer und auch von Finanzierungsbeiträgen einzusetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass die in Kopenhagen zu vereinbarenden Ziele und Maßnahmen einer regelmäßigen und verlässlichen Überprüfung auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse unterliegen. Spätestens 2016 sollte eine umfassende Überprüfung durchgeführt werden. Dabei sollen insbesondere die Erkenntnisse des kommenden 5. Sachstandsberichts des wissenschaftlichen Klimarates IPCC berücksichtigt werden, der für das Jahr 2014 vorgesehen ist.

Berlin, den 1. Dezember 2009

**Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) und Fraktion
Birgit Homburger und Fraktion**

